

06/06
ZivilR

KV-Nr.: 3248

Die Aufgabe besteht (ohne Deckblatt) aus 8 Blatt und ist vollständig durchnummeriert.

Der Aufgabentext ist zu Beginn auf Vollständigkeit zu überprüfen.

HARALD SCHUHMANN RECHTSANWALT

RA Schuhmann - Postfach 371 - 46322 Borken

Landgericht Münster
Am Stadtgraben 10
48143 Münster



Remigiusstraße 4a, 46325 Borken

Telefon (0 28 61) 69 03 Telefax (0 28 61) 69 04
Besprechungen nach Vereinbarung
Bürozeiten: Mo-Fr von 9-13 und Mo-Do 14-18 Uhr
Sparkasse Borken/Westf.
BLZ.: 401 545 30 Kto. 941 831 478
Deutsche Bank Münster/Westf.
BLZ.: 400 700 80 Kto. 9941 00-640

Borken, 10.11.2005

Bei Antwort bitte immer angeben:

375/04S06

Eichenhoff ./ Kriebenkötter

Klage

des Ulrich Eichenhoff, Steenkuhenweg 1, 46325 Borken,

Klägers,

Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt Schumann in Borken

gegen

Peter Kriebenkötter, Tinnefeldhook 7, 46325 Borken,

Beklagten.

Unter Einzahlung des erforderlichen Gerichtskostenvorschusses nach einem Streitwert von 10.000,- Euro erhebe ich namens und in Vollmacht des Klägers gegen den Beklagten Klage und bitte um Anberaumung eines baldigen Termins, in dem ich beantragen werde,

den Beklagten zu verurteilen,

1. die landwirtschaftliche Zugmaschine, Marke Deutz, Typ: D 67.1.S, Fahrstellnummer: 8766-876, amtl. Kennzeichen BOR-GU 789, an den Kläger herauszugeben,
2. an den Kläger 2.000,- Euro zu zahlen.

Für den Fall des Anerkenntnisses oder der Säumnis, wird schon jetzt beantragt, den Beklagten durch Anerkenntnis- bzw. Versäumnisurteil zu verurteilen.

Begründung:

Der Kläger ist mit der Tochter des Beklagten verheiratet. Zusammen mit seiner Ehefrau betreibt er seit 1998 auf dem Grundstück Steenkuhenweg 1 in Borken auf der Grundlage eines Pachtvertrages einen landwirtschaftlichen Betrieb. Eigentümer des Grundstücks war der Beklagte.

Unter dem 20.01.2005 schlossen die Parteien einen notariellen Grundstücksübereignungsvertrag vor dem Notar Hermann Wegner in Borken.

Beweis: Vorlage des Vertrages vom 20.01.2005 (UR-Nr. 9/2005 des Notars Wegner in Borken) im Bestreitensfalle

Der Kläger wurde in der Folge als Grundstückseigentümer im Grundbuch der Stadt Borken, Band 78, Blatt 8765 eingetragen.

Zum Zeitpunkt der Veräußerung befand sich auf dem Grundstück der im Klageantrag zu 1. näher bezeichnete Trecker.

Im Juli 2005 verbrachte der Kläger den Trecker zu Wartungsarbeiten auf den Betriebshof der Fa. Kerkhoff Landmaschinen GmbH in Bocholt. Von dort holte ihn der Beklagte am 10.07.2005 eigenmächtig ohne Wissen des Klägers ab und hält ihn seitdem in seinem Besitz. Er wurde mehrfach zur Herausgabe aufgefordert; zuletzt mit anwaltlichem Schreiben vom 01.10.2005 unter Fristsetzung zum 15.10.2005. Bislang hat der Beklagte nicht reagiert.

Der Wert des Treckers beträgt 8.000,- Euro.

Beweis: Sachverständigengutachten

Gegenstand des Klageantrages zu 2. sind die Notarkosten des Notars Wegner. Unter dem 20.10.2005 erhielt der Kläger eine Kostennote für die im Rahmen der Grundstücksübertragung entfalteten Tätigkeiten iHv. 4.000,- Euro.

Beweis: Vorlage der Kostennote 20.10.2005 (Anlage K1)

Die Parteien waren sich vor der Grundstücksübertragung einig, dass anfallende Notar- und Gerichtskosten untereinander geteilt werden sollen. Der Kläger hat den Betrag von 4.000,- Euro am 25.10.2005 auf das Konto des Notars Wegner eingezahlt. Der Beklagte hat sich entsprechend der Vereinbarung mit einem Betrag von 2.000,- Euro an den Kosten zu beteiligen.

Nach alledem ist antragsgemäß zu erkennen. Sollte nach Auffassung des Gerichts weiterer Sachvortrag erforderlich sein, wird um einen entsprechenden gerichtlichen Hinweis gemäß § 139 Abs. 1 ZPO gebeten.

Einfache und beglaubigte Abschriften anbei.



Schuhmann,
Rechtsanwalt

Hinweis des LJPA:

Vom Abdruck der Anlage K1 wird abgesehen. Sie hat den vorgetragenen Inhalt.

16 O 201/05
LG Münster

Vfg.

1. Früher erster Termin zur mündlichen Verhandlung ist am
18.01.2006, um 9:30 Uhr, Saal 101.
2. Dem Beklagten wird, falls er sich gegen die Klage verteidigen will, aufgegeben, innerhalb von **zwei Wochen** nach Zustellung dieser Verfügung schriftlich auf die Klage zu erwidern.
Er wird auf Folgendes hingewiesen:
Geht die Klageerwidernung nicht fristgerecht ein, so ist im allgemeinen jegliche Verteidigung abgeschnitten, und es besteht die Gefahr, allein deshalb den Prozess zu verlieren. Verspätetes Verteidigungsvorbringen darf das Gericht nur noch dann berücksichtigen, wenn nach seiner Überzeugung die Zulassung die Erledigung des Rechtsstreites nicht verzögern würde oder die Verspätung genügend entschuldigt ist. Anderenfalls muss das Gericht die nach Fristablauf eingehende Klageerwidernung unbeachtet lassen.
3. Laden
 - a) Kläger bzw. Vertreter (ZP 9c) ./ ZU bzw. EB
mit beglaubigter Abschrift von Ziffer 1) und Ziffer 2)
 - b) Beklagten bzw. Vertreter ./ ZU bzw. EB
mit beglaubigter Abschrift von Ziffer 1) und Ziffer 2)sowie mit einfacher und beglaubigter Abschrift der Klage (ZP 9a) vom 10.11.2005
4. z.T.

Münster, 16.11.2005
16. Zivilkammer des Landgerichts
Der Einzelrichter

Lenz
Richter am Landgericht

ZU 3) ab
1EB / 1ZU
Datum 16.11.2005

DR. HINRICH WESTERBURG
Rechtsanwalt
DR. MARLENE RÜCKER
Rechtsanwältin
ANNETTE DOORNEKAMP
Rechtsanwältin

Rechtsanwälte Dr. H. Westerburch, Dr. M. Rücker, A. Doornekamp
Heidener Straße 17, 46325 Borken

Landgericht Münster
- 16. Zivilkammer -

Postfach 4909
48028 Münster



Borken, 30.11.2005

Unser Zeichen K457MR45/05

In Sachen

Eichenhoff./. Kriebenkötter

16 O 201/05

bestelle ich mich für den Beklagten.

Der Klageantrag zu 2. wird in Höhe eines Betrages von 1.000,- € teilweise

anerkannt.

Im übrigen werde ich im Termin zur mündlichen Verhandlung beantragen,

die Klage abzuweisen.

Begründung:

Der Kläger kann weder die Herausgabe der Zugmaschine noch die Zahlung weiterer 1.000,- € verlangen.

1. Der Kläger ist nicht Eigentümer der Zugmaschine. Zwar wurde der Kläger Eigentümer des Grundbesitzes durch Vollzug des Grundstückkaufvertrages vom 20.01.2005. Zum Zeitpunkt des Abschlusses des notariellen Kaufvertrages war aber das gesamte bewegliche Inventar des landwirtschaftlichen Betriebes an die Tochter des Beklagten, die Ehefrau des Klägers, verpachtet. Die Parteien waren sich darüber einig, dass der Pachtvertrag über den Zeitpunkt der Übergabe des Grundstücks hinaus fortgesetzt werden sollte und der Beklagte Eigentümer der verpachteten landwirtschaftlichen Gerätschaften bleiben sollte.

Beweis: Parteivernehmung des Beklagten

Der herausverlangte Trecker gehörte schon damals bei Abschluss des Pachtvertrages im Jahre 1998 zum Hofinventar und befand sich bei Vertragsschluss auf dem Hof.

Als dann einige Zeit nach der Übergabe des Grundstücks Streit in der Familie ausbrach und die Tochter keinen Pachtzins mehr für die landwirtschaftlichen Geräte zahlen wollte, kündigte der Beklagte das Pachtverhältnis und verlangte die Herausgabe der Gerätschaften. Da weder die Tochter des Beklagten noch der Kläger dieser Aufforderung nachkamen, verschaffte sich der Beklagte den Trecker selbst. Als das Gerät auf

dem Betriebshof der Fa. Kerkhoff stand, setzte er sich mit dem Firmeninhaber, mit dem der Beklagte gut befreundet ist, in Verbindung. Dieser händigte den Trecker am 10.07.2005 an den Beklagten aus.

2. Richtig ist, dass die Parteien sich die für die Grundstücksübertragung anfallenden Kosten teilen wollten. Dies sollte aber für alle Kosten gelten. Der Beklagte hat in diesem Jahr bereits 2.000,- € für Gerichts- und Verwaltungskosten ausgegeben. Hiervon hat der Kläger 1.000,- € zu erstatten. Der Beklagte erklärt gegenüber dem Klageanspruch zu 2. in Höhe dieses Betrages die

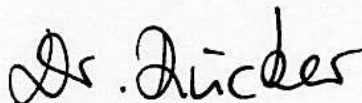
Aufrechnung.

3. Soweit der Beklagte die Forderung in Höhe von 1.000,- € teilweise anerkannt hat, wird beantragt,

dem Kläger die Kosten des Rechtsstreits aufzuerlegen.

Die Kostentragungspflicht des Klägers folgt aus § 93 ZPO. Der Beklagte hat dem Kläger hinsichtlich der Ausgleichsforderung, die Gegenstand des Klageantrages zu 2. ist, keinerlei Anlass zur Klage gegeben. Bis zur Zustellung der Klage am 18.11.2005 war dem Beklagten nicht bekannt, dass die Notarkosten bereits abgerechnet waren. Bis zur Zahlung des Klägers an den Notar Wegner war der Beklagte auch noch nicht zur Zahlung an den Kläger verpflichtet, sondern allenfalls zur Freistellung.

Der Beklagte ist mit einer Entscheidung im schriftlichen Verfahren einverstanden.



Dr. Rucker

- Rechtsanwältin -

RA Schuhmann - Postfach 371 - 46322 Borken

Landgericht Münster
Am Stadtgraben 10

48143 Münster



In Sachen
Eichenhoff ./ Kriebenkötter
Geschäftszeichen 16 O 201/05

Remigiusstraße 4a, 46325 Borken

Telefon (0 28 61) 69 03 Telefax (0 28 61) 69 04
Besprechungen nach Vereinbarung
Bürozeiten: Mo-Fr von 9-13 und Mo-Do 14-18 Uhr

Sparkasse Borken/Westf.
BLZ.: 401 545 30 Kto. 941 831 478
Deutsche Bank Münster/Westf.
BLZ.: 400 700 80 Kto. 9941 00-640

Borken, 16.12.2005

Bei Antwort bitte immer angeben:

375/04S06

Eichenhoff ./ Kriebenkötter

wird mitgeteilt, dass der Beklagte die streitgegenständliche Zugmaschine am gestrigen Tage auf dem Hof des Klägers abgestellt hat.

Hinsichtlich des Klageantrages zu 1. wird der Rechtsstreit in der Hauptsache für
erledigt
erklärt.

Der Beklagte scheint eingesehen zu haben, dass er zur Herausgabe des Treckers verpflichtet war.

Vorsorglich wird auf die Klageerwiderung vom 30.11.2005 wie folgt repliziert:

Der Pachtvertrag zwischen dem Beklagten und der Ehefrau des Klägers hindert den Eigentumserwerb des Klägers nicht. Vielmehr ist der Kläger durch den Verkauf des Grundstücks in die Verpächterstellung eingerückt. Es hat weder eine Vereinbarung zwischen den Parteien gegeben, dass der Beklagte Eigentümer des Treckers bleiben sollte noch dass der Pachtvertrag mit dem Beklagten fortgesetzt werden sollte. Auch im notariellen Kaufvertrag findet sich keine entsprechende Vereinbarung. Das Zubehör findet in dem Vertrag überhaupt keine Erwähnung. Dem Kläger steht die Vermutung des § 926 BGB zur Seite.

Der Parteivernehmung des Beklagte wird widersprochen.

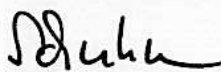
Aus diesen Gründen war die Ehefrau des Klägers auch ab der Eigentumsübertragung nicht mehr verpflichtet, an den Beklagten den Pachtzins zu entrichten.

Mit Blick auf die Aufrechnung des Beklagten in Höhe von 1.000,- Euro wird der Rechtsstreit in der Hauptsache für

erledigt
erklärt.

Soweit der Beklagte den Klageanspruch zu 2. in einer Höhe von 1.000,- Euro anerkannt hat, wird um den Erlass eines Anerkenntnisurteils gebeten.

Mit einer Entscheidung über die Kosten des Rechtsstreits im schriftlichen Verfahren besteht hier Einverständnis.


Schuhmann,
Rechtsanwalt

DR. HINRICH WESTERBURG
Rechtsanwalt
DR. MARLENE RÜCKER
Rechtsanwältin
ANNETTE DOORNEKAMP
Rechtsanwältin

Rechtsanwälte Dr. H. Westerborg, Dr. M. Rücker, A. Doornekamp
Heidener Straße 17, 46325 Borken

Landgericht Münster
- 16. Zivilkammer -

Postfach 4909
48028 Münster



Borken, 28.12.2005
Unser Zeichen K457MR45/05

In Sachen

Eichenhoff./. Kriebenkötter

16 O 201/05

schließt sich der Beklagte den Erledigungserklärungen des Klägers im Schriftsatz vom 16.12.2005 an.

Der Beklagte hat am 15.12.2005 den streitgegenständlichen Trecker auf dem Hof des Klägers abgestellt. Dies geschah aber - entgegen den Mutmaßungen der Gegenseite - nicht aufgrund der Erkenntnis, der Beklagte sei zur Herausgabe verpflichtet gewesen. Der Beklagte hat die Zugmaschine allein seiner Tochter zu liebe herausgegeben, um den Familienkonflikt zu entschärfen.

Der Beklagte ist aber weiterhin der Auffassung, Eigentümer des Treckers zu sein. Auf den Schriftsatz vom 16.12.2005 wird daher wie folgt erwidert:

Zutreffend ist, dass das Inventar bzw. das Zubehör im notariellen Vertrag nicht erwähnt wird. Dies stützt gerade den Vortrag des Beklagten. Zwischen den Parteien war nämlich klar, dass das an die Tochter des Beklagten verpachtete Inventar im Eigentum des Beklagten bleiben sollte. Deshalb fand das Inventar auch keine Erwähnung im Kaufvertrag. Es wurde explizit vereinbart, dass das Inventar Eigentum des Beklagten bleiben sollte.

Beweis: Parteivernehmung des Beklagten

Vor diesem Hintergrund sind dem Kläger sämtliche Kosten des Rechtsstreits aufzuerlegen. Soweit der Rechtsstreit durch die Aufrechnung durch den Beklagten erloschen sind, war die Klage von vorneherein unbegründet. Denn gemäß § 389 BGB ist die Forderung des Klägers durch die Aufrechnung mit Rückwirkung zum 20.10.2005 erloschen.

Dr. Rücker

Dr. Rücker

- Rechtsanwältin -

Vermerk für die Bearbeitung

Die Entscheidung des Gerichts ist vorzuschlagen. Zeitpunkt der Entscheidung ist der
02.01.2006.

Wird ein rechtlicher Hinweis für erforderlich gehalten, so ist zu unterstellen, dass dieser ordnungsgemäß erfolgt ist.

Werden eine richterliche Aufklärung oder eine Beweiserhebung für erforderlich gehalten, so ist zu unterstellen, dass diese ordnungsgemäß erfolgt und ohne Ergebnis geblieben sind.

Kommt die Bearbeitung ganz oder teilweise zur Unzulässigkeit der Klage, so ist insoweit zur Begründetheit in einem Hilfspgutachten Stellung zu nehmen.

Die Formalien (Ladungen, Zustellungen, Unterschriften, Vollmachten) sind in Ordnung.

Borken verfügt über ein eigenes Amtsgericht und liegt im Bezirk des Landgerichts Münster.

Prüfervermerk zum Aktenvortrag

Dem Aktenvortrag liegt die Austauschaufgabe

des LJPA des Landes Niedersachsen zu Grunde.

Textkontrolle: BGB, ZPO

A. Prozessuale Lage

Über den anerkannten Teil kann gemäß § 307 Satz 2 ZPO ohne mündliche Verhandlung durch Urteil entschieden werden. Im übrigen haben die Parteien den Rechtsstreit übereinstimmend für erledigt erklärt. Insoweit findet keine Hauptsacheentscheidung mehr statt. Das Gericht hat gemäß § 91a ZPO nur noch über die Verteilung der Kosten zu entscheiden. Da der Rechtsstreit nur teilweise in der Hauptsache erledigt ist, erfolgt die Kostenverteilung nach § 91a ZPO im Form einer gemischten Kostenentscheidung in dem Instanz abschließenden Endurteil (vgl. Thomas/Putzo-Putzo, ZPO, 26. Aufl. 2004, § 91a Rn. 44).

B. Hauptsacheentscheidung

Der Beklagte ist gemäß seinem Anerkenntnis zur Zahlung von 1.000,- € an den Kläger zu verurteilen. Die Schlüssigkeit des Anspruchs ist nicht mehr zu prüfen (Thomas/Putzo-Reichold, aaO, § 307 Rn. 10). Zweifel an der Wirksamkeit des Anerkenntnisses bestehen nicht.

C. Kostenentscheidung

I. Hinsichtlich des anerkannten Teils

Die Kosten dürften gemäß § 93 ZPO dem Kläger aufzuerlegen sein. Denn der Kläger hatte wohl keinen Anlass, seine Rückgriffsforderung aus §§ 426 Abs. 2, 675 BGB wegen der Notargebühren im Klagewege geltend zu machen. Denn der Beklagte hat - schon nach dem Vortrag des Klägers - die Zahlung weder verweigert noch verzögert (vgl. Thomas/Putzo-Putzo, aaO, § 93 Rn. 6). Solange der Gebührenanspruch des Notars Wegner noch nicht gem. §§ 154 ff KostO eingefordert war und auch noch nicht klar war, welcher der Gesamtschuldner vorrangig in Anspruch genommen würde, war der Beklagte noch nicht zur Zahlung, sondern allenfalls zur Freistellung nach § 426 Abs. 1 BGB verpflichtet. Der Beklagte hat von dem Zahlungsanspruch erst bei Zustellung der Klage am 18.11.2005 erfahren und dann sofort, noch innerhalb der Erwidierungsfrist nach § 275 Abs. 1 ZPO, anerkannt.

II. Hinsichtlich des erledigten Teils, § 91a ZPO

Das Gericht entscheidet bei übereinstimmender Erledigungserklärung über die Kostenverteilung nach billigem Ermessen unter Berücksichtigung des bisherigen Sach- und Streitstandes. Sachgerechtes Kriterium für die Ermessensentscheidung ist der Kostengrundsatz aus §§ 91 Abs. 1, 92 ZPO. Daher werden die Kosten zumeist demjenigen auferlegt, der bei streitiger Entscheidung voraussichtlich unterlegen wäre.

1. Herausgabe der Zugmaschine

Die Kosten für die Geltendmachung des Herausgabeanspruchs dürfte der Beklagte zu tragen haben. Denn der Kläger hätte wohl mit der Klage, gestützt auf einen Herausgabeanspruch aus § 985 BGB, voraussichtlich Erfolg gehabt. Der Kläger dürfte Eigentümer der Zugmaschine sein. Aufgrund des Vertrages vom 20.01.2005 ist das dem Beklagten gehörende Grundstück an den Kläger übereignet worden. Dass das Inventar in dem schriftlichen Vertrag keine Erwähnung findet, bedeutet nicht, dass es von der Übertragung nicht erfasst sein sollte. Es greift wohl die Auslegungsregel des § 926 Abs. 1 Satz 2 BGB ein, wonach im Zweifel anzunehmen ist, dass sich die Veräußerung auch auf das Zubehör erstrecken soll. Der Kläger ist aufgrund dieser Vorschrift von der Darlegung und vom Nachweis von konkreten Umständen entbunden, die bei zutreffender rechtlicher Würdigung zum Eigentumsübergang führen würden. Der Beklagte müsste gemäß § 292 ZPO den Gegenbeweis antreten (vgl. Palandt-Bassenge, BGB, 64. Aufl. 2005, § 926 Rn. 2). Bei landwirtschaftlichen Maschinen handelt es sich wohl um Zubehör iSd. §§ 97 Nr. 1, 98 Nr. 2 BGB, da sie mit dem Hofgrundstück eine wirtschaftliche Einheit bilden. Die Tatsachenvermutung hätte auch nicht durch den Vortrag und die Beweisanträge des Beklagten widerlegt werden können. Der Beklagte müsste entweder die Unwahrheit des Klägervortrages oder die Wahrheit seines Vortrages voll beweisen (vgl. Thomas/Putzo-Reichold, aaO, § 292 Rn. 4). Der Beklagte hat zwar behauptet, es sei vereinbart worden, dass er Eigentümer der Landmaschinen bleiben solle. Für diese vom Kläger bestrittene Behauptung hat er jedoch keinen zulässigen Beweis angetreten. Die Vernehmung des Beklagten als Beweis führende Partei scheidet aus, weil der Kläger ihr widersprochen hat, § 447 ZPO. Eine Parteivernehmung von Amts wegen nach § 448 ZPO fände ebenfalls nicht statt, da keine weiteren Anhaltspunkte für die Behauptung des Beklagten bestehen und diese auch nur im Ansatz wahrscheinlich machen.

Wer auf die fehlende Regelung im Übertragungsvertrag abstellt, kann ggf. zu einem anderen Ergebnis kommen, wenngleich dann die Gefahr eines Zirkelschlusses besteht.

Auch der Pachtvertrag von 1998 steht der Auslegungsregel des § 926 Abs. 1 Satz 2 BGB nicht entgegen, da der Kläger mangels anderweitiger Vereinbarung als Erwerber des Grundstücks in die Verpächterstellung - auch in Bezug auf die Geräte - eingetreten wäre, §§ 581 Abs. 2, 566 Abs. 1 BGB. Der Pachtvertrag betraf nämlich ebenfalls den gesamten landwirtschaftlichen Betrieb als Einheit. Der Beklagte war auch unrechtmäßiger Besitzer.

Dieses Ergebnis dürfte man nicht auf § 861 Abs. 1 BGB stützen können, weil der Beklagte bei der Erlangung des Treckers keine verbotene Eigenmacht ausgeübt hat.

2. Zahlung weiterer 1.000,- €

Die Kosten für die Geltendmachung des durch Aufrechnung erloschenen Zahlungsanspruches sind wohl dem Beklagten aufzuerlegen. Denn durch die Aufrechnung ist die Hauptsache wohl nicht erledigt worden. Ob der Frage der Erledigung auf die Aufrechnungslage (hier vor Rechtshängigkeit) oder die Aufrechnungserklärung (hier nach Rechtshängigkeit) abzustellen ist, ist umstritten. Teilweise wird unter Hinweis auf die materiell-rechtliche Rückwirkung der Aufrechnung vertreten, dass der Kläger die Kosten zu tragen hat, wenn schon vor Zustellung der Klage die Aufrechnungslage bestand (vgl. Palandt-Heinrichs, aaO, § 389 Rn. 2). Demgegenüber argumentiert der BGH, dass der rechtliche Erfolg der Aufrechnung erst durch die Aufrechnungserklärung „bewirkt“ werde und nicht bereits durch die Aufrechnungslage. Bis dahin war die Klage jedoch zulässig und begründet. Selbst die Rückwirkungsfiktion des § 389 BGB gelte erst nach Erklärung der Aufrechnung. Wenn die Aufrechnungserklärung erst im Prozess erklärt wird, sind daher die Kosten billigerweise dem Beklagten auferlegen (vgl. BGH NJW 2003, 3134 zitiert bei Thomas/Putzo-Hüßtege, aaO, § 91a Rn. 4a). Die zuletzt erläuterte Ansicht erscheint vorzugswürdig.

Die Kenntnis des Meinungsstreits ist in seinen Einzelheiten von den Kandidaten wohl nicht zu erwarten. Maßgeblich für die Qualität der Leistung dürfte sein, dass die Kandidaten hier überhaupt Problembewusstsein zeigen.

D. Vorläufige Vollstreckbarkeit

Das Anerkenntnisurteil ist gemäß § 708 Nr. 1 ZPO für vorläufig vollstreckbar zu erklären. Die Kostenentscheidung nach § 91a ZPO ist von diesem Ausspruch nicht betroffen, da §§ 708 ff. ZPO nur für nichtrechtskräftige Urteile gilt.

E. Tenorierungsvorschlag

Der Beklagte wird verurteilt, an den Kläger 1.000,- € zu zahlen. Von den Kosten des Rechtsstreits trägt der Kläger 10% und der Beklagte 90%. Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar.

Die Kostenreduzierung für den anerkannten Teil dürfte bei der Quote nicht ins Gewicht fallen. Gem. Nr. 3101 Nr. 1 und 3101 Abs. 1 Nr. 1 VV zum RVG fallen bei einem Anerkenntnisurteil die Rechtsanwaltsgebühren voll an. Die Kostenermäßigung gem. Nr. 1211 KV zum GKG dürfte bei einem Anerkenntnis unter Verwahrung gegen die Kostenlast nicht eingreifen, weil das Gericht eine zu begründende Sachentscheidung absetzen muss (Zöller-Vollkommer, ZPO, 25. Aufl. 2005, § 307 Rn. 12 - str. - steht den Kandidaten nicht zur Verfügung).